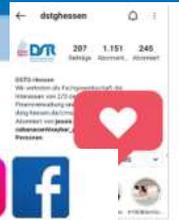


DSTG Hessen jetzt auf

Besuchen Sie uns auch auf Facebook und Instagram



Auf einen Blick:

- /// Kein ungerechtes Sonderopfer
- /// PM der DSTG Hessen
- /// Beamtenbund Demo am 21.11.2024 in Wiesbaden
- /// a.o. Landesjugendtag 2024
- /// LaHaVo im Weihnachtsmonat
- /// Mitglieder-Info zur dbb-PM
- /// FDP-Parteitag in Wetzlar
- /// Mitgliedergespräch in Rof
- /// Kurz und Knapp
- /// Seniorentag des dbb Hessen am 17.10.2024
- /// Bericht der AG Reisen
- /// Mitglied werden – und zwar Jetzt
- /// Weihnachts- und Neujahrsgruß

Kein ungerechtes Sonderopfer für (Finanz)-Beamte und Pensionäre

Kein ungerechtes Sonderopfer für (Finanz)-Beamte und Pensionäre

NEIN zur beab. Verschiebung der 5,5% von Aug. 2025 auf Dez. 2025

Gesetz ist Gesetz - Alles andere ist UNGERECHT!

DSTG - Die konsequente Erfolgsgewerkschaft!
DSTG Hessen: www.dstg-hessen.de




Die DSTG Hessen erteilt jedweden Sonderopfern, die zu offenbaren Ungerechtigkeiten führen eine unmissverständliche Absage. Die Regierungsfractionen von CDU und SPD werden aufgefordert von ihrem vertrauenszerstörenden Irrweg abzuweichen. **FINANZER sichern nach Recht und Gesetz Steuer- und Staatseinnahmen und wer in Finanzbeamte investiert, investiert in Mehreinnahmen.**

Posten, teilen und liken - unser NEIN zu SONDEROPFERN!!!

Herausgeber:

DSTG

Deutsche Steuer-Gewerkschaft
Landesverband Hessen

Triangulum 1
Hailerer Straße 16
63571 Gelnhausen
Telefon: 06051-5389500
Telefax: 06051-5389509

landesverband@dstghessen.de
www.dstg-hessen.de

Verantwortlich
Michael Volz, Vorsitzender

Nachdruck mit Quellenangabe,
auch auszugsweise, gestattet.

+++PRESSE – MITTEILUNG+++

+++Keine ungerechte Verschiebung der Besoldungserhöhung für FINANZER+++



PRESSEMITTEILUNG

der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG)
Wiesbaden/Gelnhausen, 2. und 3. Dezember 2024

DSTG Jugend Hessen und DSTG-Landeshauptvorstand zeigen
Regierungsfractionen (CDU und SPD) im Hessischen Landtag -



Keine ungerechte Verschiebung der Besoldungserhöhung für FINANZER

Die DSTG Hessen und die DSTG Jugend Hessen wenden sich in einer Resolution „Für politische Verlässlichkeit und tatsächliche Gerechtigkeit und gegen ungerechte Sonderopfer und Besoldungs-Verschiebung für FINANZER in 2025“ an die hessischen Landtagsfraktionen und die Landesregierung.



„Die geplante Verschiebung der Besolungs- und Versorgungserhöhung von 5,5 % um 4 Monate in 2025 (vom 01.08.2025 auf den 01.12.2025) ist ein Schlag ins Kontor der Finanzbeamtinnen und -beamten, das den grundlegenden Prinzipien christdemokratischer und sozialdemokratischer Werte-Politik widerspricht“, führen der Landesvorsitzende **Michael Volz** und die Landesjugendleiterin **Selina Kreuzer** aus.



Darin sind sich die rund **50 Delegierten** des Landesjugendtages der DSTG Jugend Hessen und die etwa **70 Delegierten** des DSTG-Landeshauptvorstandes, die die etwa 7.000 DSTG-Mitglieder in ganz Hessen vertreten und die am Montag, 02.12.2024 bzw. am Dienstag, 03.12.2024 in der Barbarossastadt Gelnhausen tagen, einig und zeigen den Regierungsfractionen deshalb ganz klar die **„Rote Karte“**.

Die Finanzbeamtinnen und -beamten, die mit ihrer täglichen Arbeit, der Festsetzung und Erhebung der Steuereinnahmen - für Steuergerechtigkeit, für die finanzielle Sicherheit des Staates und unserer Demokratie sorgen sollen, müssen nach 1991, 2004, 2015 und 2016 mit einem erneuten Sonderopfern in 2025 rechnen.

Diese Ungerechtigkeit darf von den Abgeordneten des Hessischen Landtages unter gar keinen Umständen beschlossen werden, fordert die Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung die Parlamentarier des Hessischen Landtages auf!

„Wir, DSTGler sind uns sicher, dass die hessischen Bürgerinnen und Bürger sehr gut informiert sind und sich mittlerweile rumgesprachen hat, dass die hessischen (Finanz)Beamten und Ruheständler bereits seit rund **11 Jahren nicht nach Recht und Gesetz**, sondern verfassungswidrig um **rund 24 % zu niedrig bezahlt** werden. Das hat der Verwaltungsgerichtshof in Kassel am 30.11.2021 geurteilt. Die Hessinnen und Hessen können gewiss zwischen Recht und Unrecht unterscheiden. Ein Dank auch an die Medien, die objektiv über die verfassungswidrige, massiv zu niedrige Besoldung und Versorgung berichten. Viele Mitglieder und Kollegen sind stinkesauer, zurecht völlig ungehalten und fragen sich und uns nach diesem neuerlichen Wortbruch: *Wen sollen wir denn noch wählen?* Wenn sogar ein Gesetz, das erst vor Kurzem von Schwarz-Rot beschlossen wurde, einfach zulasten der (Finanz)Beamten verbösert werden soll. Das habe ich in den langen Jahren in gewerkschaftlicher Spitzenfunktion noch nie erlebt, das ist eine glasklare Abseits-Stellung, ein massives Foulspiel, da Bedarf es nicht des Videoassistenten, deswegen auch die rote Karte“, fügt der DSTG Chef hinzu.

„Insbesondere aus Sicht der DSTG-Jugend ist dieses Vorgehen ein ganz abschreckendes Beispiel dafür, wie man potenzielle Kolleginnen und Kollegen von einer Karriere in der hessischen Finanzverwaltung geradezu **nicht** überzeugt. Solche Entscheidungen untergraben nicht nur das Vertrauen der bestehenden Belegschaft, sondern senden auch ein schlechtes Signal nach außen: Wer sich für diesen Arbeitgeber entscheidet, muss jederzeit mit politischen Mätzchen und einem Bruch von Zusagen rechnen. Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, dass die hessische Finanzverwaltung erhebliche Schwierigkeiten hat Beschäftigte und Nachwuchskräfte zu gewinnen. Im Gegenteil, potenzielle Bewerberinnen und Bewerber werden regelrecht vergrault. Ebenso drängt sich die Frage auf, wer für einen solch undankbaren und unzuverlässigen Arbeitgeber im privaten Kreis, ohne Scham, ohne Prämie, werben sollte“, erläutert die Jugendvorsitzende Kreuzer.

Die DSTG Hessen stellt weiter fest: Wir haben vielmehr ein Ausgaben- und Verteilungsproblem als ein Einnahmeproblem. Wenn gerade wir FINANZER uns nicht nur um ein Vielfaches selbst finanzieren, sondern auch noch mehr tun könnten, wenn Politik die Hessische Steuer- und Finanzverwaltung nur einmal in die Lage versetzen würde!?

Logisch:

Wer in FINANZER investiert, investiert in Steuer- und Finanzeinnahmen!

Die DSTG Hessen und die DSTG Jugend Hessen fordern die Landtagsfraktionen von CDU und SPD auf, einzutreten:

Für politische Verlässlichkeit und tatsächliche Gerechtigkeit gegen ungerechte Sonderopfer und Besoldungs-Verschiebung!

Daher am 1. August 2025 plus 5,5 % und nicht anders!

Die DSTG-Hessen hat als Steuer-Fachgewerkschaft im Bereich des Hessischen Finanzministeriums etwa 7.000 Mitglieder. Damit sind weit über 50 Prozent der Beschäftigten der Hessischen Finanzverwaltung in der DSTG Hessen organisiert. Sie vertritt als Gesprächspartner der Politik die Interessen von Beamtinnen und Beamten als auch die des Tarifpersonals und setzt sich für deren berufliche Fortentwicklung ein. In über 50 Dienststellen stellt sie die Mehrheit in den Personalräten. Daneben findet die DSTG Hessen Gehör, wenn es um die Fragen von Steuervereinfachung und Steuergerechtigkeit als auch um das Schließen von Steuer- Schlupflöchern geht.

Herausgeber: DSTG Hessen • Hailerer Straße 16 • 63571 Gelnhausen • Telefon 06051/5389500 • Telefax 06051/5389509

www.dstg-hessen.de • landesverband@dstghessen.de

verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Michael Volz, Vorsitzender

Ansprechpartner: Michael Volz • Telefon 0151 1515 2082

Unsere zwölfseitige Resolution, die „Für politische Verlässlichkeit und tatsächliche Gerechtigkeit sowie gegen ungerechte Sonderopfer und Besoldungs-Verschiebung“ eintritt, haben wir als DSTG Hessen Ende der 49. Kalenderwoche, also nach erfolgter Beschlussfassung des Landeshauptvorstandes, an die Fraktionen gerichtet.

Wir sind gespannt, wie die erste Lesung am Dienstag, 10.12.2024 gegen 14.00 Uhr im Hessischen Landtag hierzu verläuft und welche schriftlichen Antworten uns erreichen. In jedem Fall haben wir Grund gemacht und zahlreiche Spannungsfelder in Bezug auf uns FINANZER solide aufgearbeitet. Natürlich kommt auch die derzeitige Stimmung ob dieser dramatischen Entwicklung aus dem Mitglieder- und Kollegenkreis, aus den hessischen Finanzbehörden und Dienststellen zum Vorschein!

Wir wären nicht die DSTG Hessen, wenn wir den Unmut, das Unverständnis, den Ärger nicht aufnehmen und an die Verantwortlichen richten würden. Ja, es ist unsere Aufgabe dies an die Adresse der Verantwortlichen zu geben, damit diese sich auch noch einmal besinnen können.

Wir sind als DSTG Hessen der Ansicht, dass der Frust so angewachsen ist und schon von einem Kollateralschaden gesprochen werden kann. Denn die Problematik ist permanenter Gesprächsstoff in der Kollegenschaft, in den Ämtern und Dienststellen.

Die Resolution wurde auch den Gremien der DSTG Hessen zur Verfügung gestellt!

Wir bleiben am Thema und lassen nicht nach – Versprochen!



Beamtenbund Demo Wiesbaden - gelungener Auftakt von Protesten gegen ungerechte Sonderopfer für (Finanz)Beamte und Pensionäre

„Mit diesem Auftakt waren wir zufrieden“, resümierte der Landesvorsitzende der DSTG Hessen, **Michael Volz**.

„Die Verärgerung, der Unmut, das Unverständnis der Finanzbeamten ist nach der unsäglichen Ankündigung - Verschiebung der Gehaltsanpassung um 4 Monate auf 1.12.2025 - vom Dienstag, 12.11.2024 riesig und permanent zu erleben.

Wir werden nichts unversucht lassen, um das abzuwenden, denn diese zeitliche Verzögerung führt zu erheblichen finanziellen Einbußen. Das ist unsozial, ungerecht und der wieder einmal vorgetragene Hinweis auf den sicheren Arbeitsplatz ist angesichts des Fachkräftemangels und der Konkurrenzsituation in der Finanzverwaltung



plump. Will man sehenden Auges FINANZER, die erstklassig ausgebildet und heiß begehrt sind, in die Arme von anderen Arbeitgebern treiben“, fragt Volz an die Adresse der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen.

Die DSTG Hessen dankt allen Teilnehmenden für den gestrigen Tag in Wiesbaden, das war ein deutliches Signal! 🙌

Anlässlich einer Aktuellen Stunde im Hessischen Landtag, beantragt von der FDP Landtagsfraktion, wegen neuer Sonderopfer im Besoldungs- und Versorgungsbereich fand eine erste Protestmaßnahme des dbb Hessen und seiner Mitgliedsgewerkschaften unter Beteiligung der DSTG als mitgliedergrößten Gewerkschaft vor dem Landtag statt.



a.o. Landesjugendtag am 2. Dezember 2024 in Gelnhausen

Am 2. Dezember 2024 kamen rund 45 Delegierte der DSTG Jugend Hessen in Gelnhausen zusammen, um den 19. (außerordentlichen) Landesjugendtag abzuhalten.



Auf der Tagesordnung standen die Wahl eines neuen Landesjugendvorstands, die Behandlung zahlreicher Anträge sowie die Verabschiedung einer Satzungsänderung.

Ein zentraler Punkt war der Antrag auf Satzungsänderung, der vom Ortsverband Frankfurt eingebracht wurde. Nach einigen Ergänzungswünschen stimmten die Delegierten dem Antrag zu. Damit wurde die Grundlage für eine moderne und effektivere Arbeit der DSTG Jugend Hessen geschaffen.

Inhaltlich war der Landesjugendtag geprägt von einer Vielzahl an Anträgen, die die Schwerpunkte für die zukünftige Arbeit des neuen Landesjugendvorstands setzen. Zu den zentralen Themen gehörten Arbeitszeitkonten, Lebensarbeitszeitkonten, Wochenarbeitszeit und Besoldung. Besonders im Fokus standen außerdem die Arbeitsbedingungen von Tarifbeschäftigten, insbesondere Dualstudierenden. Forderungen nach einer Übernahmegarantie, angemessener Entlohnung, bezahlbarem Wohnraum und einem länderübergreifenden Jobticket wurden ebenfalls verabschiedet. Weitere erfolgreiche Anträge betrafen Maßnahmen zur Mitgliedergewinnung, die Durchführung von JAV-Schulungen durch die DSTG und die Zusammenarbeit mit queeren Organisationen der Landesbeschäftigten.



Ein Höhepunkt des Tages war die Neuwahl des Landesjugendvorstands. **Selina Kreuzer** wurde als Vorsitzende erneut im Amt bestätigt. In ihren Grußworten erklärte sie: „Ich danke den Delegierten für ihr Vertrauen und freue mich darauf, die kommenden Herausforderungen gemeinsam mit diesem engagierten Team anzugehen. Gemeinsam schaffen wir eine starke Jugendvertretung für unsere Mitglieder.“



Die neue Landesjugendleitung besteht aus der Vorsitzenden und vier stellvertretenden Landesjugendleitern: **Gina-Marie Messerschmidt**, **Michel Vogel** (zugleich Schatzmeister), **Calvin Grede** und **Maurice Kimmel**, der als einziger neu in die Landesjugendleitung gewählt wurde. Die anderen Mitglieder der Leitung waren bereits in der vorherigen Amtsperiode tätig und bringen ihre Erfahrung in die kommende Arbeit ein.

Der Vorstand wird durch fünf Beisitzerinnen und Beisitzer ergänzt: **Luis Patrick Winkler**, der zugleich als stellvertretender Kassenwart fungiert, **Patrick Mossal**, **Arne Schönfelder**, **Tobias Mühlhause** und **Lisa-Marie Sack**. Als Rechnungsprüfer wurden **Jan Hochapfel** und **Diana Pabst** gewählt.



Der Landesjugendtag hat wichtige Weichen für die zukünftige Arbeit der DSTG Jugend Hessen gestellt und unterstrichen, wie engagiert die Delegierten ihre Verantwortung wahrnehmen. Maurice Kimmel, stellvertretender Landesjugendleiter, betonte abschließend: „Ich bin stolz, ein Teil dieser Gemeinschaft zu sein

und positiv in die Zukunft zu schauen – vor allem in diesen herausfordernden Zeiten. Wenn ich eines gelernt habe, dann, dass wir als junge Demokraten uns nicht von aufstrebenden Mächtgern-Autokraten unterkriegen lassen dürfen. Gemeinsam schaffen wir das!“

Unser Landesjugendvorstand und Rechnungsprüfer:



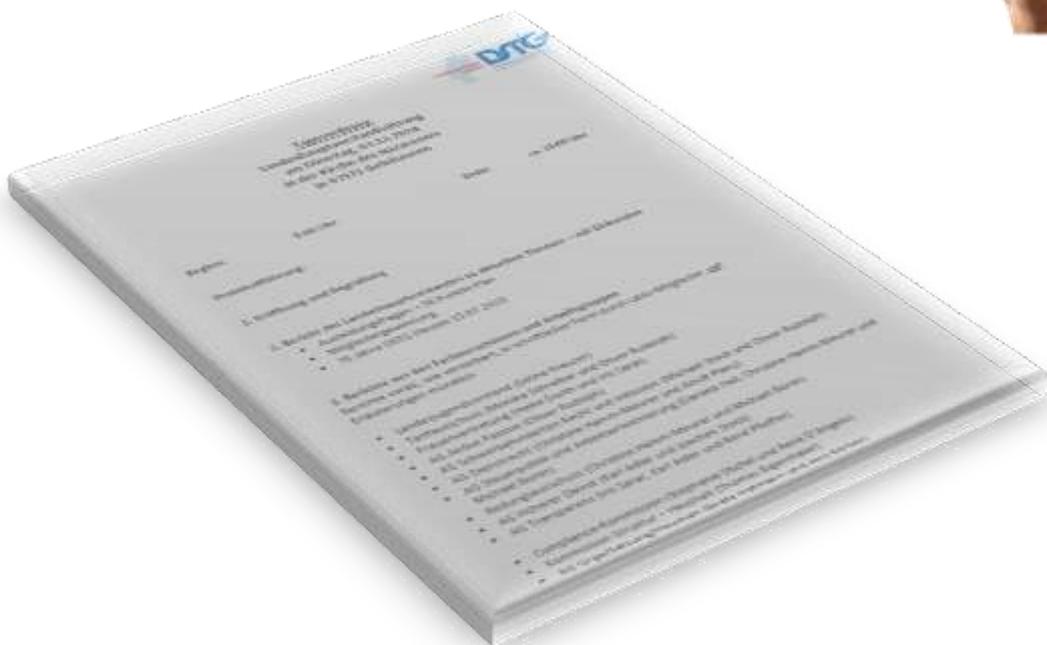
v.l.n.r: Luis Patrick Winkler, Michel Vogel, Tobias Mühlhause, Gina-Marie Messerschmidt, Selina Kreuzer, Maurice Kimmel, Jan Hochapfel, Diana Pabst und Lisa-Marie Sack
nicht auf dem Bild: Calvin Grede, Arne Schönfelder und Patrick Mossal

LaHaVo tagt im Weihnachtsmonat

Zum letzten Hauptvorstand im Jahr 2024 trafen sich die Ortsverbandsvorstände, Ehrenmitglieder und der Landesvorstand am 03.12.2024 in Gelnhausen



Zahlreiche gewerkschaftliche Inhalte wurden diskutiert. Im Mittelpunkt stand u.a. die geplante Verschiebung der Besoldungserhöhung für (Finanz)Beamte um 4 Monate in 2025. Die 70 Delegierten des Landeshauptvorstandes der Deutschen Steuer-Gewerkschaft Hessen, die etwa 7.000 Mitglieder vertreten, zeigen Regierungsfractionen im Hessischen Landtag - ROTE Karte und beschlossenen eine Resolution, die zeitnah an die Landtagsfractionen gerichtet werden soll.





Monika Schreiber



Karl Adler



Selina Kreuzer



Jens Körber



Miriam Knecht



Thorsten Bonifer



Anne Eilberg-Schilling



Oliver Rudolph



René D'Angelo



Robert Tschage



Thomas Eigenthaler



Iris Sarac

Keine ungerechte Verschiebung der Besoldungserhöhung für (Finanz)Beamte um 4 Monate in 2025 mit uns, skandierten die Gewerkschafter im osthessischen Gelnhausen.

Seit 11 Jahren werden (Finanz)beamte und Versorgungsempfänger nicht nach Recht und Gesetz, sondern verfassungswidrig um rund 24 % zu niedrig bezahlt. Der VGH Kassel hat am 30.11.2021 so geurteilt, die Medien haben korrekt berichtet, bei den Bürgern ist dieses Unrecht auch bereits angekommen und jetzt versucht der Dienstherr per Gesetzes-Verböserung einen neuerlichen Wortbruch zu begehen wieder in den Geldbeutel zu greifen - ein „no go“ Sondergleichen!



Die folgenden Ehrungen wurden vorgenommen:

Anne Eilberg-Schilling und **Stephanie Stichel** wurden für 25-jährige DSTG-Mitgliedschaft und **Arndt Planz** wurde für 40-jährige DSTG-Mitgliedschaft geehrt. Zudem wurde Landesvorstands-Mitglied **Oliver Rudolph** für seine Verdienste als Ortsverbandsvorsitzender des ehemaligen OV Kassel I geehrt.



Anne Eilberg-Schilling



Stephanie Stichel



Arndt Planz



Oliver Rudolph

Neben den Ehrungen wurden weitere inhaltliche Themen behandelt, denn alle Fachausschüsse, Arbeitsgruppen und Gremien der DSTG Hessen legten mündlich Rechenschaft über ihre Aktivitäten ab. Zudem stand **Johannes Gutekunst** von der Debeka zur Verfügung, um die zahlreichen Fragen bezüglich der massiven Beitragserhöhung der KV-Beiträge zu behandeln. **Christian Jakoby** von der Nürnberger Versicherung führte darüber hinaus insbesondere zu Gruppen- oder Rahmenverträgen bezüglich von Diensthaftpflichtversicherungen aus.

Info zur Pressemitteilung des dbb Hessen

Mit nachfolgender Mitglieder- u Beschäftigteninfo haben wir auf das beabsichtigte Sonderopfer reagiert!

**An alle
Beschäftigten in den
hessischen Finanzbehörden**

- über die OV Vorstände per Mail to all weiterleiten!!!



**Mitglieder-Info zur
dbb Hessen-Pressemitteilung 10/2024**



Sehr geehrte Damen und Herren,

1991, 2004, 2015, 2025 in gewohnter Regelmäßigkeit werden Beamte und Versorgungsempfänger Opfer von Sonderopfern, wenn Landeshaushalte in Schieflagen geraten.

Wenngleich wir angenommen haben, dass derartige Maßnahmen der Vergangenheit angehören würden, wurden wir auch von den aktuellen Regierungsfractionen wieder einmal eines Besseren belehrt. Gestern konnten die schlechten und benachteiligenden Nachrichten auch für verbeamtete FINANZER bereits in den Medien verfolgt werden.

Die klare und unmissverständliche Pressemitteilung unseres Dachverbandes, des dbb Hessen, haben wir dieser Mitglieder- und Beschäftigteninformation beigelegt. Heini Schmitt bringt es, für den für alle Beamten zuständigen dbb Hessen, sehr deutlich auf den Punkt!

Das war die einhellige Meinung des DSTG-Landesvorstandes, der vom Landesvorsitzenden Michael Volz gestern Abend um 20.00 Uhr in einer eineinhalbstündigen Videokonferenz ein Update erfuhr und die Problematik erörterte.

Michael Volz (DSTG), der gestern in der Mittagszeit ebenso wie **Heini Schmitt** (dbb) und **Björn Werminghaus** (DPoIG) aus dem Beamtenbundlager zu dem kurzfristig einberufenen Besoldungsgespräch von und mit Innenminister Poseck und Finanzminister Lorz geladen waren, führte unmissverständlich aus: Das gerade einmal wieder zart wachsende „Pflänzchen Vertrauen“ in die Landespolitik ist auf einen Schlag weg.

Dieses Sonderopfer sei in der Kollegenschaft, die sich bekanntermaßen um ein Vielfaches mit ihrer erstklassigen Arbeit selbst finanziert, überhaupt nicht vermittelbar. Diese zeitlich beabsichtigte

Verschiebung der 2. Rate der Beamtenbesoldung 2025 wird kein FINANZER positiv gutheißen, ist sich die DSTG sicher. Die gestrigen Reaktionen belegen das eindrucksvoll.

Auf Verständnis bei uns in der Steuer darf niemand hoffen oder bauen.

Wir sind einer enorm großen Konkurrenzsituation ausgesetzt, mit der Folge, dass Kündigungsgespräche an der Tagesordnung sind. Da ist dieses Signal, dieser neuerliche Vertrauensbruch, fatal.

Wie soll man unter solchen Vorzeichen FINANZER binden, wenn am 06.11.2024 die Zielwerte in den Betriebsprüfungsdiensten und darüber hinaus angehoben werden und sechs Tage später bereits fest zugesichertes Gehalt in Abrede gestellt wird?!

Wir wollen nichts besser wissen, aber wir hätten schon Ideen, wie und wo man klug einsparen bzw. Steuergelder hereinholen könnte. Wenn an anderen politischen Projekten bei einem Konsolidierungsbedarf von etwa 2 Milliarden Euro für 2025 festgehalten wird, dann wären diese 180 Millionen, die die Verschiebung der 2. Rate an Einsparpotenzial in sich birgt, auch anders zu erheben, ist man sich in der Gewerkschaft sicher. Insofern hatte man einen anderen Gesprächsinhalt, als diesen Beschlossen-Verkündet-Termin erwartet.

„Das habe ich in den 30 Jahren in gewerkschaftlicher Spitzenposition noch nie erlebt, dass ein bereits beschlossenes Besoldungsgesetz nochmal zulasten einer Gruppe verschlechtert werden soll. Zumal Hessen, wenn es zur Verschiebung kommt, von der Verfassungsmäßigkeit nochmals weiter entferne und auch dem eigenen Koalitionsvertrag in dieser Frage widerspricht. Ist das der Dank, dass wir auch in der Pandemie für die finanzielle Stabilität tagtäglich unsere Frau und unseren Mann gestanden haben?“, stellt Volz fragend fest.



dbb Hessen-Pressemitteilung 11/2024

Frankfurt, 14.11.2024

Empörung über Spardiktat der Landesregierung nach zwei Tagen noch größer

Der Ärger über die Sparpläne der hessischen Landesregierung ist bei den Bediensteten zwei Tage danach noch größer geworden, weil nun die gesamte Tragweite analysiert worden ist. Zwei Tage, nachdem Innenminister Poseck und Finanzminister Lorz (beide CDU) die Gewerkschaften kurzfristig über die Verschiebung des zweiten Übernahmeschritts des Tarifabschlusses auf die Besoldung von August auf Dezember informiert hatten, nutzte Landesvorsitzender Heini Schmitt die Hauptversammlung der dbb Bundesfrauenvertretung, um seinem Ärger abermals Luft zu machen.

„Da ist etwas zerbrochen“, sagte er den 55 Mitgliedern der Frauen-Hauptversammlung aus der ganzen Bundesrepublik. Denn für ihn steckt hinter dem Spardiktat, welches der Landesregierung 180 Millionen Euro einsparen soll, viel mehr: „Wenn sich Beamte nicht mehr auf Regierung und Gesetze verlassen können, dann geht in diesem Land etwas den Bach runter.“

Hintergrund: Die Übertragung des Ergebnisses des TV-H auf die Besoldung ist ein Standardvorgang, auf den sich der dbb Hessen und die Landesregierung seit 2017 wieder geeinigt hatten. „Dieser Standardvorgang wurde kassiert“, so Schmitt. Außerdem wurden die Statusgruppen Arbeitnehmer und Beamte gespalten und den Beamten wurde ein nennenswerter Teil der geleisteten Inflationsausgleichszahlungen wieder weggenommen. „Da wurde vor zwei Tagen ein riesiger Scherbenhaufen produziert.“

„Wir befinden uns im 11. Jahr verfassungswidriger Unteralimentation in Hessen“, fehlt Schmitt daher jedes Verständnis für den Vorstoß. Bis vor das Bundesverfassungsgericht hatte sich der dbb Hessen in den vergangenen Jahren geklagt, um die Landesregierung dazu zu bewegen, diesen Missstand endlich zu beheben, den sie selbst herbeigeführt hatte. „Seit 2015 haben wir angemahnt, für diesen Fall Rücklagen zu bilden“, so Schmitt.

Dabei hatte der Verwaltungsgerichtshof in Kassel die Rechtauffassung des dbb Hessen in einer Entscheidung am 30. November 2021 bestätigt. Demnach fehlen einem Beamten der Besoldungsstufe A6 in der ersten Stufe 24,3 Prozent zu einer verfassungskonformen Besoldung.

Dass die Regierung sich daraufhin, wenn auch zaghaft, auf den Weg gemacht hatte, dies zu beheben, hatte der dbb Hessen durchaus goutiert.

Schmitt sieht das Vertrauen in die Verlässlichkeit der Landesregierung „auf Dauer beschädigt, wenn nicht sogar zerstört“. Damit stünde auch alles Weitere, was bislang als verlässlich galt, auf tönernen Füßen. „Das ist ein Skandal.“

Zwar ist es bis zur nächsten Landtagswahl noch etwas hin, dennoch müsse „jeder Abgeordnete der Regierungsparteien in seinem Wahlkreis von den Beamten zur Rede gestellt werden“, sagte Schmitt. Das verloren gegangene Vertrauen wieder herzustellen, werde Jahre brauchen.

Die Kritik entgegen nehmen musste Sozialministerin Heike Hofmann (SPD), die für ein Grußwort zur dbb Frauenvertretung gekommen war, wenngleich sie und ihre Partei sich erst seit Beginn der Legislaturperiode nach langer Abstinenz in Regierungsverantwortung wiederfindet.

Den von ihr gezogenen Vergleich, das Beamtentum biete im Vergleich zur freien Wirtschaft zurzeit einen sicheren Arbeitsplatz (illustriert durch das Beispiel Einsparungen bei VW in Baunatal), ließ Volker Geyer, der dbb Vize-Bundesvorsitzende, nicht gelten. „Jeder Beamte leistet jede Woche seinen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung, weil er länger arbeitet als Tarifbeschäftigte, insbesondere bei VW.“

Heini Schmitt erinnerte zudem daran, dass VW während der Pandemie trotz Kurzarbeit die höchsten Gewinne der Unternehmensgeschichte einfuhr. „Das beklagen wir nicht“, sagte er. „Aber dann, wenn die Krise kommt, das Beste aus zwei Welten haben zu wollen, kann bei den Beschäftigten im öffentlichen Dienst nicht nachvollzogen werden.“

Der dbb beamtenbund und tarifunion Landesbund Hessen ist der gewerkschaftliche Dachverband von 39 Fachverbänden des öffentlichen Dienstes in Hessen mit rund 50.000 Mitgliedern.

Kontakt bei Medien-Anfragen:

Andreas Nöthen
Pressesprecher, presse@dbbhessen.de, Tel. +49 160 950 444 69

dbb beamtenbund und tarifunion
Landesbund Hessen e.V.
Europa-Allee 103 (Praedium)
60486 Frankfurt am Main
Tel. 069 281780
mail@dbbhessen.de
www.dbbhessen.de
VR AG Frankfurt 4291
Vorsitzender
Heini Schmitt

FDP-Parteitag in Wetzlar, DSTG Vorsitzender Volz dabei

Am Samstag, 23.11.2024 folgte unser Landesvorsitzender der Ehrengast-Einladung der Hessischen Liberalen und konnte zahlreiche Gespräche mit Spitzenpolitikern der FDP führen. Erfreulich, auch mit Kollegen und DSTG Mitglied **Gerrit Schneider**, OV Wiesbaden I kam Volz ins Gespräch, der Delegierter des Parteitages war.



Im Mittelpunkt stand die Rede der Parteivorsitzenden **Bettina Stark-Watzinger** MdB, die wieder Spitzenkandidatin für die Bundestagswahlen wurde.



Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn wurde zum Ehrenvorsitzenden der Hessischen FDP gewählt, der stets auch guten Kontakt zur DSTG Hessen hielt.

Der Generalsekretär und innenpolitische Sprecher der Liberalen, **Moritz Promny** prangerte in seiner Eröffnungs- und Begrüßungsrede die unfaire aktuelle Sonderopfer-Politik für hessische Beamte von CDU und SPD an.



Ebenfalls gute Gespräche führte Volz mit dem Fraktionsvorsitzenden **Dr. Stefan Naas** und der Landtagsabgeordneten **Marion Schardt-Sauer**.



Mitgliedergespräch im OV Studienzentrum in RoF *56-Punkte-Plan (Vorhaben „Das WIR entsteht am Anfang“)*

Eineinhalb Tage befanden sich die Mitglieder des DSTG-Landesvorstandes am Standort unseres Bildungszentrums in RoF, um die Tagesordnungspunkte zu behandeln, welche die DSTG-Mitglieder im Besonderen berühren sowie die Sitzung des Landeshauptvorstandes am Dienstag vorzubereiten.

Zunächst aber waren alle DSTG-Mitglieder des Studienzentrums und der Landesfinanzschule zu einem gemeinsamen Dialog aufgerufen, um sämtliche Themen zu behandeln, die Dozenten und Verwaltungsmitarbeiter in diesen Tagen bewegen. Die Fortsetzung folgt in Form einer Mitglieder- bzw. Jahreshauptversammlung des DSTG Ortsverbandes Studienzentrum.

Bedeutend war auch der Schulterschluss (siehe Foto) gegen das beabsichtigte ungerechte Sonderopfer in Form der zeitlichen Verschiebung des zweiten Besoldungstermins in 2025.



Kurz und Knapp

Das ändert sich 2025 – interessante Informationen

Mindestlohn

Der gesetzliche Mindestlohn steigt zum 1. Januar auf 12,82 Euro pro Stunde. Die Erhöhung geht auf eine Empfehlung der Mindestlohnkommission zurück. Wichtig für Arbeitgeber: Sie müssen jetzt prüfen, ob der neue Mindestlohn eingehalten wird und ob Arbeitsverträge angepasst werden müssen. Auch das Lohngefüge zwischen ungelernten Hilfskräften und Gesellen sollten Chefs im Auge behalten.



Kranken- und Pflegebeitrag

Versicherte und Arbeitgeber werden im neuen Jahr spürbar mehr Geld für die Krankenkasse und Pflegeversicherung bezahlen müssen. Der durchschnittliche Zusatzbeitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung steigt im Jahr 2025 von 1,7 Prozent um 0,8 Prozentpunkte auf 2,5 Prozent. Zudem soll der Beitragssatz für die Pflegeversicherung im Januar um 0,2 Prozentpunkte steigen. Dem muss allerdings noch der Bundesrat zustimmen.



Bundestagswahl

Nach dem Scheitern der Ampel-Koalition kommt es 2025 früher zur Wahl eines neuen Bundestags als ursprünglich geplant. Statt turnusgemäß am 28. September soll die Wahl am 23. Februar 2025 stattfinden. Zuvor muss Bundeskanzler Olaf Scholz noch die Vertrauensfrage im Bundestag stellen – und damit wie erwartet scheitern. Das soll am 16. Dezember geschehen. Im Anschluss kann Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier den Bundestag auflösen und somit den Weg für Neuwahlen frei machen.



Windows 10 und Office

Microsoft will Nutzer von Windows 10 ab dem 14. Oktober 2025 nicht mehr mit kostenlosen Updates versorgen. Zwar können Nutzer auch danach noch kostenpflichtige Updates beziehen, doch die Botschaft ist klar – Microsoft möchte seine Kundschaft auf Windows 11 umstellen. Gleichzeitig endet auch der Support für Microsoft Office 2016 und 2019. Diese Versionen sind laut einer Studie von Intra2et vor allem in kleinen und mittelständischen Unternehmen noch weit verbreitet. Mit dem Support -Ende steigt das Risiko von Sicherheitslücken deutlich an. Angreifer können diese Schwachstellen gezielt ausnutzen.



TÜV-Plakette

Ab 2025 haben TÜV-Plaketten eine neue Farbe. Fahrzeuge, die derzeit eine grüne Plakette haben, müssen im kommenden Jahr zur Hauptuntersuchung. Nach bestandener Prüfung erhalten sie dann die blaue Plakette. Dieser Farbwechsel soll helfen, die Fristen der Untersuchungen besser im Blick zu behalten und sowohl Autofahrern als Prüfstellen schnell anzuzeigen, wann die nächste Prüfung fällig ist.



Erhöhung der CO²-Steuer

Ab Januar 2025 wird die CO²-Steuer weiter steigen und damit auch die Preise für Benzin, Öl und Gas. Der Preis pro Tonne CO² wird von 45 Euro auf 50 Euro erhöht. Ziel der Steuer ist es, die Emission zu senken und Anreize für den Umstieg auf klimafreundlichere Alternativen zu schaffen. Energieintensive Handwerksbetriebe mit einem hohen Verbrauch an fossilen Brennstoffen werden den Preisanstieg besonders zu spüren bekommen.



Pflichten für Kaminbesitzer

Kamine, Kaminöfen und Öfen, die zwischen Januar 1995 und dem 21. März 2010 installiert wurden, müssen nach dem 31. Dezember 2024 die in der Bundesimmissionsschutzverordnung festgelegten Werte für Feinstaub und Kohlenmonoxid einhalten. Konkret heißt das: Sie dürfen nicht mehr als vier Gramm Kohlenmonoxid pro Kubikmeter Abgas und 0,15 Gramm Staub pro Kubikmeter Abgas ausgestoßen. Ob die Feuerstätte die geforderten Grenzwerte einhält, kann beim Bezirksschornsteinfeger erfragt werden. Er kann auch über Ausnahmen von der Sanierungspflicht informieren.



Post

Das neue Postgesetz sieht vor, dass Briefe ab 2025 länger unterwegs sein dürfen: 95 Prozent der Sendungen müssen dann innerhalb von drei Tagen zugestellt werden statt wie bisher in zwei Tagen. Auf dieser Grundlage plant die Post betriebliche Anpassungen, um die Briefzustellung effizienter zu gestalten. Zudem steigt das Porto für Standardbriefe auf 95 Cent. Auch die Preise für andere Sendungen erhöhen sich: Kompaktbriefe kosten künftig 1,10 Euro, Großbriefe 1,80 Euro und Maxibriefe 2,90 Euro. Auch internationale Briefe und Pakete für Privatkunden werden teurer. So kostet der Versand eines Pakets bis fünf Kilogramm künftig 7,69 Euro statt 6,99 Euro.



Führerscheinumtausch

Bis 2033 müssen rund 43 Millionen Deutsche ihren alten Führerschein gegen das neue einheitliche EU-Dokument im Plastikkartenformat tauschen. Der Umtausch erfolgt schrittweise, abhängig vom Geburtsjahrgang. Als Nächstes sind die Jahrgänge 1971 und später dran: Ihre rosa oder grauen Papier-Führerscheine müssen bis spätestens 19. Januar 2025 in das Scheckkartenformat umgetauscht werden. Alte Scheckkartenführerscheine dürfen noch bis 2026 behalten werden.



2. Senioren- und Seniorinnentag des dbb Hessen am 17.10.2024

Unter dem Motto: „**Zukunft braucht Senioren und Seniorinnen – Ein Hoch auf uns!**“ fand der zweite Senioren- und Seniorinnentag des dbb Hessen am 17. Oktober 2024 in Aßlar-Berghausen statt, an dem die DSTG mit 6 Delegierten vertreten war.



Über die umfangreiche Tätigkeit des Vorstandes in der Zeit seit Oktober 2023 lag den Teilnehmern ein schriftlicher Tätigkeitsbericht vor, auf dessen Basis das Gremium Entlastung erteilte.

Auf der Tagesordnung stand dann die **Neuwahl des Vorstandes**, bei der zunächst die bisherige Vorsitzende **Hannelore Andree** wiedergewählt wurde. Von den Delegierten wurde sodann auch **Siegfried Urbanek**, einer der bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden, in seinem Amt erneut bestätigt. Zur weiteren stellvertretenden Vorsitzenden wurde anstelle des aus gesundheitlichen Gründen ausscheidenden **Paul Ulrich Antweiler** (DSTG) unsere Kollegin **Anna Maria Eilberg-Schilling** gewählt. Sie ist seit vielen Jahren Mitglied in der DSTG Seniorengruppe „Aktive Passive“. Neue Beisitzer sind **Andreas Mönkemeyer** (DPoIG Bund) und **Günter Kowalski** (BSBD). Besonderer Dank wurde dem bisherigen Vorstandsmitglied **Heinz-Dieter Hessler** zuteil. Das Gründungsmitglied der Seniorenvertretung und Ehrenmitglied des dbb Hessen hatte nicht mehr kandidiert. Bei ihm und den bisherigen Vorstandsmitgliedern **Paul Ulrich Antweiler** und **Gudrun Mahr** (Beisitzerin) bedankte sich die Vorsitzende für deren Engagement und Einsatz mit einem Präsent.



Neben Abgeordneten der im Hessischen Landtag vertretenen Parteien überbrachte auch der Vorsitzende der Bundesseniorenorganisation im dbb **Dr. Horst Günter Kitzing** Grußworte.

Der Vorsitzende des dbb Hessen, **Heini Schmitt**, referierte zum aktuellen Sachstand in Sachen Alimentation. Nachdem der Verwaltungsgerichtshof in Kassel vor drei Jahren die Rechtsauffassung des dbb Hessen eindrucksvoll bestätigt hatte, hatte die damals noch schwarz-grüne Landesregierung mit zwei Mal drei Prozent Erhöhung erste Maßnahmen zu einer „Besoldungsreparatur“ ergriffen. In der neuen Legislaturperiode hat die Landesregierung nur die Übertragung des TV-H-Ergebnisses geregelt. Weiteren Reparaturschritten hat sie sich jedoch bislang verweigert. Damit sieht Heini Schmitt einen konfrontativen Kurs der schwarz-roten Regierung als eingeschlagen. Für Schmitt steht fest: „Wenn nicht spätestens im kommenden Jahr die nächsten Reparaturschritte erfolgen, wird die Glaubwürdigkeit der Landesregierung erheblichen Schaden nehmen.“

Ein besonderes Ärgernis für die Seniorenvertretung sind aktuell die **unbefriedigend langen Bearbeitungszeiten der Beihilfestelle** von durchschnittlich zwei Monaten bzw. 3 Monaten bei Pflegekosten, die u.a. viele Versorgungsempfänger in prekäre Situationen bringen können. Hierzu verabschiedeten die Delegierten unter der Überschrift „**Treuepflicht ist keine Einbahnstraße**“ eine an die Hessische Landesregierung gerichtete **Resolution**, in der sie neben der Forderung auf eine amtsangemessene Alimentation auch für die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger die derzeit unzumutbar langen Bearbeitungszeiten bei der Bearbeitung der Beihilfeanträge als Verletzung der Fürsorgepflicht des Landes Hessen anprangern. Sie fordern darin den Hessischen Innenminister auf, dafür Sorge zu tragen, dass die Ansprüche auf Beihilfe in einer Bearbeitungszeit von ca. 3 Wochen erfüllt werden.

Bericht der Arbeitsgruppe „Reisen“ und Ausblick auf weitere Planungen

Im ablaufenden Jahr 2024 hat die Arbeitsgruppe „Reisen“ zwei mehrtägige Busfahrten durchgeführt:

In der Zeit vom 03.-05. Mai 2024 fand mit 42 Teilnehmern von Frankfurt aus eine dreitägige **Flandernrundfahrt** mit Unterbringung in einem zentral gelegenen Hotel in **Gent** statt. Auf dem Programm standen eine zweistündige Führung durch das historische Zentrum von Gent mit anschließender Grachtenrundfahrt, ein Stadtrundgang durch das mittelalterliche **Brügge** mit seinen romantischen Grachten und Brücken und am Abreisetag noch ein abschließender Besuch der belgischen Hauptstadt **Brüssel** mit Stadtrundfahrt und geführtem Rundgang über den Grand Place mit Rathaus und zahlreichen Gildehäusern.

Am ersten Adventswochenende stand mit 43 Teilnehmern eine **dreitägige Busfahrt nach Bayern** mit Stadtführung und Besuch von zwei **Weihnachtsmärkten in Regensburg**, u.a. vor der Kulisse des **fürstlichen Schlosses St. Emmeram** am Hinreisetag auf dem Programm. Für die beiden Übernachtungen mit Halbpension war die Gruppe im **Hotel zur Krone in Beilngries** untergebracht. Von dort ging es am Folgetag zunächst zur Besichtigung der oberhalb von **Kelheim** gelegenen **Befreiungshalle** mit anschließendem Besuch der **Weihnachtsmärkte in Abensberg**. Nach dem Abendessen bot sich dann noch ein Besuch des **Beilngrieser Christkindlmarktes** im schönen Ambiente des Sulzparcs an. Bei der Rückfahrt am Abreisetag konnten die Teilnehmer bei einem **mehrständigen Aufenthalt in Bamberg** die Sehenswürdigkeiten der oberfränkischen Metropole und den dortigen Weihnachtsmarkt besuchen, bevor es wieder zurück nach Frankfurt ging.

Die ursprüngliche Planung, noch in 2024 eine **viertägige Flugreise nach Rom** in das Programm aufzunehmen, scheiterte, soweit überhaupt noch freie Zimmerkontingente für Gruppen verfügbar waren, an den um fast 40 % gestiegenen Flug- und Hotelpreisen. Um unseren Mitgliedern weiterhin preisgünstige Reisen offerieren zu können, haben wir uns Anfang des Jahres dazu entschlossen, diese Reise mit frühzeitiger Buchung von Flug und Hotel erst in 2025 anzubieten. Hier konnte uns der Reiseveranstalter CTS-Reisen noch **zwei viertägige preisgünstige Gruppenreisen à 50 Personen** mit Unterbringung in dem im Stadtteil Aurelia verkehrsgünstig gelegenen **3-Sterne-Hotel Casa San Juan de Avila** in der Zeit **vom 27.-30.03.2025 und 04.-07.04.2025** vermitteln. Diese Kontingente waren bereits nach wenigen Tagen restlos ausgebucht.

In der letzten Sitzung der Arbeitsgemeinschaft „Reisen“ haben wir uns mit Vorschlägen für das weitere Reiseprogramm 2025 und 2026 beschäftigt. Derzeit sind wir bestrebt, für das kommende Jahr folgende Reisen bzw. Veranstaltungen mit Eigenanreise in unser Programm aufzunehmen:

Veranstaltungen mit Eigenanreise (Pkw bzw. Bahn)

- Besuch des **Ahle-Wurst-Seminars** in Hofgeismar
- Besuch des **Marionetten-Theaters der Puppenbühne Wernswig e.V.** in Homberg (Efze)
- Besichtigung des **Flughafenvorfelds des Airports Frankfurt** (in den Sommerferien)
- **Im Rheingau:** (ggf. mit Übernachtung in Assmannshausen): **Loreleyrundfahrt** von Assmannshausen nach St. Goar und zurück, **Romantik-Tour** mit Sessellift zum Jagdschloss Niederwald,

kleine Wanderung zum Niederwald-Denkmal, Seilbahnfahrt nach Rüdesheim, weiter mit dem Schiff zur Burg Rheinstein mit Besichtigung der restaurierten Burgranlage

Bustouren

- Mehrtägige **Südtirol- und Dolomitenrundfahrt**
- **Weihnachtsmarktfahrt nach Dresden** mit Übernachtung (evtl. auch Eisenach und Erfurt)
- Besuch der **Canstatter Wasen** als Tagesfahrt
- Besuch der **Lohrer Festwoche** als Tagesfahrt
- Besuch der **Karl-May-Festspiele in Elspe** als Tagesfahrt

Ferner ist noch in Prüfung, ob wir wieder einmal eine **mehrtägige Reise nach Paris als Bahnfahrt** und/oder eine **mehrtägige Busreise nach Mailand** in unser Programm für 2025 bzw.2026 aufnehmen.

DSTG-Abendschule - Es geht weiter in 2025...

*Ein Angebot für alle Mitglieder der DSTG Hessen
Schulung per Videokonferenz - stets von 18.00 Uhr bis max.
19.30 Uhr*

Die genauen Termine / Themen folgen



Mitglied werden, und zwar jetzt



Mitglieder werben Kolleginnen und Kollegen!

Sie gehören zu den überzeugten Mitgliedern der Deutschen Steuer-Gewerkschaft!

Dann überzeugen Sie doch auch Ihre Kolleginnen und Kollegen von einer Mitgliedschaft in der DSTG Hessen, der großen Solidargemeinschaft und Fachgewerkschaft

**Werben Sie Mitglieder
für uns, die FINANZER!**

Empfehlen Sie uns – wir bedanken uns dafür bei Ihnen und überweisen Ihnen

15 Euro

auf Ihr Konto.

So einfach geht's: Füllen Sie gemeinsam mit Ihrem „Bestandsbeschäftigten“ die Beitrittserklärung aus und geben Sie diese bei Ihrem Ortsverband ab. Die Beitrittserklärung finden sie übrigens auf unserer Homepage <http://dstg-hessen.de>. Ihr Ortsverband leitet die Beitrittserklärung dann für Sie weiter und Sie erhalten dann die 15 Euro auf Ihr Konto überwiesen.

Diese Aktion gilt ab dem 01.12.2016, davon ausgenommen sind die jeweils aktuellen Anwärterinnen und Anwärter.

Frohe Weihnachten und ein glückliches neues Jahr

„Wenn uns bewusst wird,
dass die Zeit,
die wir uns für einen anderen
Menschen nehmen,
das Kostbarste ist,
was wir schenken können,
haben wir den Sinn
der Weihnacht verstanden.“

(Roswitha Bloch)



Wir blicken auf ein ereignisreiches Jahr 2024 zurück.
Mit dem kleinen Wort **DANKE**,
möchten wir an dieser Stelle Großes aussprechen.
DANKE für Ihr Vertrauen!
Für die bevorstehende Zeit
wünsche ich Ihnen ein friedvolles und frohes
Weihnachtsfest im Kreise Ihrer Lieben.
Zudem einen guten Übergang ins neue Jahr.
Möge das Jahr 2025 Ihnen alle Wünsche erfüllen und Sie
mit viel Gesundheit und Zufriedenheit segnen.



Ihr
Michael Volz

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Michael Volz', is written over a light blue background.